

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Manfred Eibl

Staatsminister Hubert Aiwanger

Abg. Andreas Winhart

Staatsminister Dr. Florian Herrmann

Abg. Florian von Brunn

Abg. Dr. Dominik Spitzer

Abg. Christina Haubrich

Staatssekretär Gerhard Eck

Abg. Markus Plenk

Erster Vizepräsident Karl Freller

Abg. Raimund Swoboda

Abg. Tobias Gotthardt

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo

Abg. Markus Bayerbach

Abg. Dr. Simone Strohmayr

Abg. Alexander Muthmann

Abg. Anne Franke

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Befragung der Staatsregierung in der Corona-Krise

Die Fragen werden von den Fraktionen in folgender Reihenfolge gestellt: FREIE WÄHLER, AfD, SPD, FDP, CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Sie kennen die Redezeitregelung. Es gibt keine einleitenden Ausführungen.

Die erste Frage stellt Herr Kollege Manfred Eibl. Sie richtet sich an das Wirtschaftsministerium.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Sehr verehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Verehrter Herr Staatsminister Aiwanger, morgen und am Freitag beraten Sie im Rahmen der Wirtschaftsministerkonferenz mit Ihren Länderkollegen wie auch mit Bundesminister Altmaier unter anderem über Möglichkeiten zur Belebung der Wirtschaft nach dem Lockdown. Was sind Ihre Ziele für die anstehende Beratung, und mit welchen Forderungen gehen Sie in die Gespräche, vor allem mit dem Bund?

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Vielen Dank für diese Frage, um auch hier klarstellen zu können, wie wir Corona wirtschaftspolitisch begegnen und hoffentlich hinter uns lassen können. Sehr erfreulich ist die letzte, ebenfalls von den Wirtschaftsministern angeregte Entscheidung der Bundesregierung, die Überbrückungshilfe bis September zu verlängern. Ich gehe davon aus, dass wir einzelne Branchen noch bis Jahresende werden stützen müssen. Wir haben soeben die Messe-Saison wiedereröffnet. Ab Juli haben wir in Bayern eine erste Pilotmesse, und dann die IAA und die EXPO REAL. Damit ist auch an der Stelle gezeigt, dass wir uns hier wieder in die Märkte begeben, dass wir die Märkte ankurbeln wollen. Auch ist es äußerst wichtig, dass hier wieder größere Veranstaltungen möglich sind. Das ist ebenfalls von den Wirtschaftsministern und von der Wirtschaftsministerkonferenz begleitet.

Wir sehen nach wie vor große Probleme im Tourismussektor. Jetzt, da die Tourismuswirtschaft wieder anspringt, tritt genau das Phänomen zutage, das wir schon in den letzten Monaten beobachtet haben: dass sich viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter neue Arbeitsplätze gesucht haben. Somit können Hotels teilweise Gäste nicht annehmen und nicht wiedereröffnen.

Insofern ist es auch wichtig, Planungssicherheit für die Zukunft zu erhalten. Deshalb wird es ein wichtiger Aspekt sein, den ich in diese Wirtschaftsministerrunde einbringen werde, dass wir – das gilt am Ende auch für die Bayerische Staatsregierung – jetzt schon Pläne entwickeln, um für den Herbst und Winter möglichst vorausschauende Konzepte zu haben, damit wir, sollten die Zahlen in puncto Corona-Infektionen wieder steigen, genauer als im vergangenen Herbst herausdestillieren können, welche Branchen zwangsläufig geschlossen werden müssen und wo mit entsprechenden Schutzmaßnahmen Schließungen vermieden werden können.

Auch die Innenstadtentwicklung wird Thema der Wirtschaftsministerrunde sein. Wir sehen, dass besonders die Innenstädte, der Handel, die Gastronomie dort gelitten haben, sodass wir fragen müssen, wie wir das Leben in die Innenstädte zurückbringen.

Es geht auch um die Industriepolitik allgemein und die Klimaschutzpolitik im Besonderen, weil wir sehen, dass keine Klimaschutzvorgaben die Wirtschaft belasten dürfen, sondern dass die Vorgaben mit Programmen abgefedert werden müssen, sodass Klimaschutzentwicklungen – Stichwort "Wasserstoff" als Beispiel – auch mit Förderprogrammen hinterlegt sind und sogar zur Jobmaschine werden können. Man kann dieses Thema also durchaus ins Positive tragen.

Auch in der Arzneimittelversorgung sehen wir einen wichtigen Ansatzpunkt. Auch darüber wird diskutiert, damit die Versorgung Bayerns und Deutschlands mit wichtigen Arzneimitteln künftig gezielter von einheimischer Produktion unterstützt werden kann. Das darf nicht aus den Augen verloren werden.

Wir diskutieren auch über das Thema Material, weil wir sehen, dass die Konjunktur in vielen Bereichen schneller und stärker angesprungen ist, als wir zu hoffen gewagt hatten. Die Stichworte lauten hierbei Holzangel am Bau, Nägel, KG-Rohre und dergleichen mehr, aber auch Halbleiter für die Automobilindustrie. Wir können derzeit das Exportpotenzial der bayerischen Wirtschaft nicht mehr voll ausschöpfen, weil wir schon Materialengpässe zu verzeichnen haben, die sich weiter verschärfen werden.

Dabei geht es auch um das Bauholz und die Frage der Einschlagsbeschränkung, die Ende September ausläuft, und um die Überlegung, ob man sie vielleicht schon vorher kippen sollte, um genügend Holz zu haben. Mittlerweile gibt es noch nicht einmal mehr genügend Verpackungsmaterial für Exportmaschinen. Wenn man etwas nach China exportieren will, muss das ja in einer Holzkiste eingelagert werden; aber es gibt nicht einmal mehr Bretter hierfür. Dieses Problem muss man sich einmal vor Augen halten.

Insofern ist dies eine sehr spannende Runde, in der wir über zwei Tage hinweg in einer offenen Aussprache sehr zielgerichtet Probleme lösen werden, idealerweise bevor sie entstehen. Ich bin überzeugt, dass auch der Wirtschaftsstandort Bayern gestärkt aus dieser Wirtschaftsministerrunde hervorgehen wird. – Vielen Dank für die Frage.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Die nächste Frage stellt Herr Kollege Andreas Winhart; sie richtet sich an das Gesundheitsministerium. Ich darf jetzt schon darauf hinweisen, dass der Herr Gesundheitsminister heute entschuldigt ist. Die Antwort übernimmt der Leiter der Staatskanzlei Dr. Florian Herrmann.

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Staatsminister, ich hoffe, Sie sind mit der Materie vertraut und über Vorgänge im Gesundheitsministerium informiert. Für Sie als Corona-Beauftragter sollte dies kein Problem sein.

Es geht darum, dass Herr Staatsminister Holetschek am 15. April dieses Jahres unter anderem in der "Allgäuer Zeitung" geäußert hat, er könne über Lockerungen nicht sprechen und sie nicht nachvollziehen; er befürchte, dass die Intensivbetten nicht ausreichend seien. Ferner hat er gesagt, er befürchte Überschreitungen von Höchstständen bei der Belegung von Intensivbetten mit Beatmungsmöglichkeiten.

Ich frage daher die Staatsregierung: Welche Experten und welche Quellen haben Einfluss auf diese Aussagen bzw. grundsätzlich auf die Haltung des Ministeriums genommen, dass Intensivbetten in Bayern knapp wären?

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Kollege! Die Staatsregierung hat selbstverständlich Quellen und Experten herangezogen, um die Frage der Überlastung der Kliniken genau in den Blick zu nehmen. Die Belastung der Kliniken ist einer der Hauptgründe für die Gesamtstrategie, weil wir es immer vermeiden wollten und auch weiterhin wollen, dass wir bei einem aus dem Ruder laufenden Infektionsgeschehen mit einer enorm hohen Zahl an Infektionen logischerweise auch schwere Erkrankungsfälle haben, sodass die Patienten hospitalisiert und möglicherweise auch beatmet werden müssen etc. Das ist reine Mathematik, das kann man sich selbst ausrechnen. Die Zahl der Betten, die zur Verfügung stehen, steht in den Registern, die es dafür gibt. Deshalb konnte immer geklärt und gesehen werden, in welche Richtung es läuft.

Wenn Sie Medienberichterstattungen zur Kenntnis genommen haben, haben Sie sicher auch die extremen Alarmrufe der Intensivmediziner aus der Praxis wahrgenommen. Das sind die Ärzte, die nicht nur an den Betten stehen, sondern auch wissen, wie viel Personal sie zur Verfügung haben und wie lange sie noch durchhalten können. Diese Alarmrufe haben wir ebenso zur Kenntnis genommen. Aus dem Ganzen heraus haben wir unsere Reaktionen bei der Corona-Bekämpfung entwickelt. Wir hat-

ten immer sehr verantwortungsvoll die Krankenhäuser im Blick, damit sie nicht überfordert wurden.

Präsidentin Ilse Aigner: Eine Rückfrage vom Kollegen Winhart.

Andreas Winhart (AfD): Nachdem Sie uns keinen Namen genannt haben, gehe ich davon aus, dass es sich um das DIVI-Register handelt, auf das auch alle anderen zugreifen können. Ich gehe auch einmal davon aus, dass Sie mit "Presse" die allgemein zugängliche Presse gemeint haben. Ihnen ist auch nicht entgangen, dass nach Aufdeckungen durch die Presse, vor allem durch die "Bild"-Zeitung, auch bayerische Kliniken im Verdacht stehen, die Zahl der Intensivbetten falsch angegeben bzw. falsch abgerechnet zu haben. Haben Sie bereits Informationen, welche bayerischen Kliniken hier unter Verdacht stehen, nachdem Sie sich im Ministerium aus dem DIVI-Register und der Presse informieren?

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Diese Vorwürfe sind ebenfalls aus Medienberichten bekannt. Die zuständigen staatlichen Behörden und auch die ärztlichen Selbstorganisationen gehen diesen Vorwürfen nach, die selbstverständlich aufzuklären sind.

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank. – Die nächsten beiden Fragen richten sich auch an das Gesundheitsministerium, in dem Fall in Vertretung an Staatsminister Dr. Florian Herrmann. Die nächste Frage kommt vom Kollegen Florian von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Frau Präsidentin, Herr Staatsminister! Meine Frage bezieht sich auf die Maskenpflicht in Bayern. Wir begrüßen den Kabinettsbeschluss von gestern, wonach Bayerns Schülerinnen und Schüler in den Pausen oder auch bei Wandertagen die Masken ablegen dürfen. Wir stellen aber insgesamt einige Ungleichbehandlungen von Personengruppen fest. Bei einzelnen Regelungen haben wir unsere Zweifel. Meistens sind aus unserer Sicht die Kinder und die Jugendlichen die Leidtragenden. Ich frage Sie deshalb: Wie passt es zusammen, dass auf der einen Seite private Feiern in Innenräumen mit bis zu 50 Personen und außen sogar mit bis zu

100 Personen möglich sind, und das je nach Örtlichkeit sogar völlig legal ohne Mund- und Nasenschutz, während auf der anderen Seite Kinder und Jugendliche den ganzen Schultag lang Masken tragen müssen?

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Frau Präsidentin, Herr Kollege von Brunn! Die Antwort ist relativ einfach: Es gibt eine Schulpflicht, mit der der Staat die Schülerinnen und Schüler und die Lehrerinnen und Lehrer aus gutem Grund quasi zwingt, jeden Tag in einem kleinen, sehr kleinen oder mittleren Klassenzimmer über soundso viele Stunden beieinander zu sein. Das erfordert von allen Beteiligten ein höheres Maß an Umsicht und Sicherheit, als es der Fall ist, wenn ich mich selber in irgendwelche Situationen begeben. Das ist ein relativ einleuchtender und simpler Grund.

Im Übrigen haben wir uns zur Frage ob, wo und wie lange wir noch Masken tragen sollen, sehr intensiv mit den Experten auseinandergesetzt, insbesondere auch mit den Virologen Prof. Hoelscher und Prof. Keppler. Sie konnten es in den letzten Tagen auch selber bei vielen anderen, auch bei Statistikern und Modellierern, nachlesen, die sehr deutlich darauf hinweisen, dass in der Delta-Variante eine zusätzliche Gefahr steckt, weil sie höher ansteckend ist. Wenn wir alle Maßnahmen so beibehalten, wie sie sind, wird es wegen der höher infektiösen Variante logischerweise zu einem Anstieg kommen. Deswegen dürfen wir die Masken nicht als Menetekel an die Wand malen, sondern wir müssen sie weiterhin als echten wirksamen Schutz gegen Infektionen betrachten.

Ich darf noch auf einen Irrtum hinweisen, der Ihnen in der Diskussion im Fernsehen am vergangenen Sonntag unterlaufen ist. Sie haben dort darauf hingewiesen – –

(Florian von Brunn (SPD): Das war aber nicht meine Frage!)

– Das gehört zur Frage, weil Sie sich in dieser Fernsehsendung ausdrücklich dafür ausgesprochen haben, die FFP2-Masken abzuschaffen. Das ist ein ganz grundlegender Irrtum. Wenn das Virus wieder gefährlicher wird – und es wird gefährlicher, das liegt in der Natur des Virus – braucht man auch die bessere Schutzmaske. Deshalb ist es einfach ein Fehler, jetzt die Maskenpflicht generell abschaffen oder vom FFP2-Standard wegkommen zu wollen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Eine Rückfrage von Herrn von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Herr Staatsminister, Sie haben die FFP2-Maskenpflicht in Bayern gerade schon angesprochen. Die Deutsche Gesellschaft für Krankenhaushygiene hat im Januar diesen Beschluss kritisiert und darauf verwiesen, dass die FFP2-Masken eben nicht besser schützen, sondern zumeist schlechter sitzen, sodass der Schutz durch geprüfte medizinische Masken mindestens genauso gut oder sogar besser ist. Die FFP2-Maske muss eigentlich von geschultem Personal angelegt werden. Ich habe mir die Stellungnahme genau durchgelesen. Das Gleiche hat die Deutsche Gesellschaft für Krankenhaushygiene auch im März gesagt, als das Bundesland Berlin eine Maskenpflicht verhängt hat. Auch die Prüfungen der FFP2-Masken durch die Stiftung Warentest sind zu dem Ergebnis gekommen, dass nur ein einziges Modell tatsächlich richtig sitzt. Vor diesem Hintergrund möchte ich Sie fragen, ob die Bayerische Staatsregierung diesen Umstand bei ihrer Entscheidung auch bewertet hat und wie Sie dann zu der Aussage kommen, dass die FFP2-Maske einen besseren Schutz bietet, zumal sie jetzt im Sommer eine erhebliche Belastung für die Menschen ist.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Minister!

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Herr Fraktionsvorsitzender, die Bewertung, die Sie zitiert haben, ist bekannt. Daneben gibt es aber auch zahlreiche Bewertungen von anderen Experten, die sehr stark dazu geraten haben, die FFP2-Maske beispielsweise im ÖPNV oder in anderen

Bereichen zu tragen, weil sie einfach einen höheren Schutzstandard hat. Daher ist unsere Entscheidung sachlich gut begründet und von Experten, zum Beispiel von Prof. Keppler, Prof. Hoelscher und Frau Prof. Protzer, auch mehrfach bestätigt worden.

Präsidentin Ilse Aigner: Die nächste Frage an den Leiter der Staatskanzlei kommt vom Kollegen Dr. Dominik Spitzer.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Staatsminister! Die Impfzentren sind seit Dezember 2020 am Start. Seit April sind die Hausärzte mit dabei. Innerhalb kürzester Zeit konnte durch diese zuletzt genannte Gruppe ein Impferfolg erzielt werden. Ein Drittel wird aktuell durch Hausärzte und Fachärzte und zwei Drittel werden in den Impfzentren geimpft, die für den Impferfolg verantwortlich waren. Zusätzlich sind jetzt die Fachärzte, die Betriebsärzte und die Privatpraxen am Start. Diese Gruppe impft circa 10 bis 20 Millionen Bürger jedes Jahr gegen Influenza. Die Wiederholungsimpfungen mit dem mRNA-Impfstoff sind innerhalb kürzester Zeit möglich, weil die Aufklärung nicht mehr in der Form wie bei der Erstimpfung durchgeführt werden muss. Jetzt höre ich von Herrn Holetschek und von Herrn Söder, dass wir die Impfzentren bis Ende des Jahres brauchen. Der Ministerpräsident spricht sogar davon, dass wir sie langfristig brauchen. Haben Sie kein Vertrauen in die niedergelassenen Ärzte, weil Sie die Impfzentren so fortführen wollen?

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Herr Kollege, die Frage beantwortet sich im Grunde von selber. Selbstverständlich impfen auch in den Impfzentren niedergelassene Ärzte, die das zusätzlich machen. Sie konstruieren einen Widerspruch, den es gar nicht gibt. Unsere Strategie basiert einfach auf diesen beiden Säulen, den Impfzentren, die aufgrund des am Anfang noch komplizierten Handlings mit dem Impfstoff von BioNTech zeitlich früher angefangen haben. Wegen der Kühlung etc. haben wir damals dieses System aufgebaut, das sich aber schon als Rückgrat des Impfens bewährt. Dann wurde das Impfen verbessert, indem zahlreiche Hausarztpraxen, sonstige Praxen und mittlerweile auch

die Betriebsärzte dazugekommen sind. Das ist eine deutliche Dynamisierung, darin gebe ich Ihnen durchaus recht. Es ist einfach gut, beide Säulen zu haben. Ich glaube, dass die Entwicklung in der Zukunft von der Impfbereitschaft abhängen wird. Wir müssen davon ausgehen, dass wir eine relativ hohe Impfquote benötigen, um zu einer Herdenimmunität zu kommen. Das heißt, wir müssen alle PS auf die Straße bringen, damit wir da erfolgreich sind. Da können und müssen weiterhin auch die Impfzentren ihren Teil dazu beitragen. Man wird wahrscheinlich noch ein Stück darüber hinausgehen müssen und sagen: Wir brauchen vermutlich wieder, wie wir es die ganze Zeit über hatten, die mobilen Einheiten, die wiederum von den Impfzentren ausgehen, um die Impfungen möglichst niederschwellig an die Bevölkerung zu bringen. Deshalb würde ich das nicht als Gegensätze aufbauen, sondern als funktionierendes System auf mehreren guten Säulen.

Präsidentin Ilse Aigner: Zu einer Rückfrage, bitte.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Die niedergelassenen Ärzte haben extrem viel Potenzial, deutlich mehr Potenzial als sie momentan umsetzen können, weil der Impfstoff fehlt. Dazu bedarf es der Aufstellung einer Rechnung, um dann ganz klar sagen zu können: Wir brauchen die Impfzentren, oder nicht. – Apropos Rechnen: Können Sie mir sagen, wie viel eine Impfung all inclusive im Impfzentrum kostet und was eine Impfung all inclusive in einer Hausarztpraxis kostet?

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Die Antwort kann ich Ihnen nicht geben, da die Staatskanzlei zwar viel weiß, aber nicht alles aus dem Stegreif. Ich gehe davon aus, dass Sie die Antwort selber wissen.

Präsidentin Ilse Aigner: Das waren die Fragen an das Gesundheitsministerium. – Die nächste Frage richtet sich an das Innenministerium und kommt von der Kollegin Christina Haubrich.

Christina Haubrich (GRÜNE): Meine Frage bezieht sich auf die Vorgänge in dem italienischen Luxusresort, das seine Mitarbeiter am 25. Mai impfen ließ, während hier Millionen von Menschen auf einen Impftermin warten. Ein Manager sagte im italienischen Fernsehen, dass das Hotel für diesen Service bezahlt hätte. – Ist der Staatsregierung bekannt, wem das Hotel wie viel Geld für die Impfkation gegeben hat und was genau damit bezahlt wurde? Was wird die Staatsregierung tun, um den Vorfall im Interesse der Transparenz vollumfänglich aufzuklären?

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatssekretär Eck.

Staatssekretär Gerhard Eck (Inneres, Sport und Integration): Frau Kollegin, Entschuldigung. Ich habe es jetzt leider akustisch nicht verstanden. Könnten Sie das bitte kurz wiederholen?

Christina Haubrich (GRÜNE): Gerne.

Staatssekretär Gerhard Eck (Inneres, Sport und Integration): Ich habe es akustisch nicht mitbekommen.

Christina Haubrich (GRÜNE): Okay.

Präsidentin Ilse Aigner: Ohne Zeitanrechnung in diesem Fall.

Christina Haubrich (GRÜNE): Danke. – Ein italienisches Luxusresort ließ seine Mitarbeiter*innen im Hotel Hilton am Flughafen in München am 25. Mai impfen, während hier Millionen von Menschen auf einen Impftermin warten. Ein Manager hatte im italienischen Fernsehen gesagt, dass das Hotel für diesen Service bezahlt hätte. – Ist der Staatsregierung bekannt, wem das Hotel wie viel Geld für die Impfkation gegeben hat und was genau bezahlt wurde? Was wird die Staatsregierung tun, um den Vorfall im Interesse der Transparenz vollumfänglich aufzuklären?

Staatssekretär Gerhard Eck (Inneres, Sport und Integration): Das kann ich Ihnen hier an dieser Stelle nicht beantworten, obwohl wir, wie vorhin auch gesagt, sehr viel

wissen. Aber ich nehme das sehr gerne auf. Das wird zu Protokoll genommen, und ich werde Sie darüber schriftlich informieren. Ich kann es leider Gottes an dieser Stelle nicht beantworten, und irgendwelche Luftnummern möchte ich nicht in den Raum setzen.

Präsidentin Ilse Aigner: Die Frau Kollegin hat eine Nachfrage. Wenn Sie bitte einmal aufs Knöpfchen drücken würden. Jetzt.

Christina Haubrich (GRÜNE): Es betrifft allerdings auch dieses Thema: Laut dem Ministerium ist die Coronavirus-Impfverordnung weder straf- noch bußgeldbewehrt. Es gibt anscheinend keine Regeln bei Verstößen. – Hat die Staatsregierung vor, das zu ändern bzw. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass das geändert wird?

Staatssekretär Gerhard Eck (Inneres, Sport und Integration): Wir sind grundsätzlich so aufgestellt, dass wir illegale Situationen und irgendwelche Dinge, die nicht den Vorschriften entsprechen, ahnden. Sollten diese Dinge vorkommen, wird selbstverständlich bayerisch reagiert. Wenn wir das mit unseren Spielregeln nicht können, dann werden wir das letztlich bundesweit verfolgen.

Präsidentin Ilse Aigner: Die nächste Frage richtet sich wieder an den Leiter der Staatskanzlei – jetzt in dieser Funktion – und kommt vom Kollegen Markus Plenk.

Markus Plenk (fraktionslos): Herr Staatsminister, einige Bundesländer haben die Maskenpflicht an Schulen ganz oder teilweise abgeschafft, einige weitere werden in den kommenden Tagen diesem Beispiel folgen. Die CSU hingegen will an der Maskenpflicht für Schülerinnen und Schüler weiterhin festhalten. Warum?

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Herr Präsident, sehr geehrter Herr Kollege, die Frage habe ich vorher schon dem Herrn Fraktionsvorsitzenden beantwortet.

Markus Plenk (fraktionslos): Herr Staatsminister, Maßnahmen müssen geeignet und verhältnismäßig sein. Bei der Maskenpflicht an Schulen darf das aktuell stark bezwei-

felt werden, gerade wenn die Inzidenzwerte weit unter 35 sind, in vielen Landkreisen weit unter 20. Die Schüler müssen zweimal pro Woche Corona-Tests machen. Wenn alle negativ getestet sind, was soll dann noch eine Maskenpflicht? Glauben Sie wirklich, dass Sie damit eine vierte Welle im Herbst verhindern können? Wenn ja, welche weiteren Maßnahmen wollen Sie ergreifen, damit Sie eine vierte Welle im Herbst verhindern?

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte schön, Herr Minister.

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Herr Präsident! Herr Plenk, die Sache ist doch so: Die Regeln, die wir aufstellen, gelten nicht für die nächsten 20 Jahre. Das ist die ganze Zeit so. Unsere Verordnungen gelten immer für 14 Tage oder für 4 Wochen und werden logischerweise der aktuellen Infektionslage, dem aktuellen Infektionsgeschehen, der Bedrohungssituation angepasst. Eines, was wir von Anfang an immer gemacht haben: eine gewisse Zeit zuzuwarten, wie sich die Maßnahmen auswirken. Deshalb warne ich dringend davor, in Hektik zu verfallen und, wenn man den einen Schritt gegangen ist, gleich am nächsten Tag schon wieder zu sagen: Aber es ist doch jetzt super. Jetzt können wir doch gleich den nächsten und den übernächsten Schritt gehen. – Damit wären Sie nach ungefähr 10 Minuten Diskussion bei der Totalaufhebung aller Maßnahmen. Es leuchtet einem doch ein, dass das wohl nicht sinnvoll wäre, wenn das Infektionsgeschehen noch aktiv ist, wenn wir noch nicht durch die Pandemie durch sind.

So ähnlich ist es auch mit der Maskenpflicht. Die ist zum aktuellen Zeitpunkt sinnvoll. Wir haben erst seit wenigen Wochen bzw. abhängig von der Inzidenz unter 50 den vollen Präsenzunterricht, ab nächster Woche auch erst dort, wo die Inzidenz höher als 50 ist. Die Vollbeschulung findet also jetzt erst wieder statt. Da würde ich einfach noch ein, zwei Wochen zuwarten und die Lage insgesamt beobachten. Die Gründe, warum das richtig und verhältnismäßig ist, habe ich schon genannt: wegen der geschlossenen Räume, wegen der Enge, in der man beieinander ist, und weil man extra auf

Nummer sicher geht, den Lehrerinnen und Lehrern und auch den Schülerinnen und Schülern zuliebe.

Ich weise darauf hin: Wir hatten in der Kalenderwoche 22 bayernweit eine Inzidenz im Gesamten von nahezu genau 25. In der Alterskohorte der 15- bis 19-Jährigen war sie genau doppelt so hoch, nämlich 50, und bei der Kohorte darunter leicht darunter. Das heißt, wir haben da einfach eine höhere Inzidenz; da haben wir einfach Infektionsgeschehen. Es gehört zu dem verantwortungsvollen und vorsichtigen Umgang mit der Pandemie, zum jetzigen Zeitpunkt in der Schule noch auf die Maske zu setzen.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Damit sind die Fragen an Sie im Moment erledigt. – Ich darf den Herrn Kollegen Gotthardt für die nächste Fragestellung aufrufen. Ich sehe ihn leider nicht.

(Zuruf)

– Herr Swoboda. Entschuldigung. Herr Swoboda, bitte.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Staatsminister, stellen Sie sich vor, eine Persönlichkeit Ihrer Bedeutung verstirbt und wird auf dem weitläufigen Friedhof des Heimatortes beerdigt. Der Bestatter nennt im Auftrag des Kirchenvorstands die geltenden Corona-Schutzmaßnahmen: Nur 30 Teilnehmer sind zugelassen, 1,5 Meter Abstand ist einzuhalten, Maskenpflicht besteht, eine Teilnehmerliste muss geführt werden. Der übliche Friedhofsbetrieb ist ansonsten absolut gesperrt, alle Tore sind geschlossen, Zugangskontrolle am Haupttor. Kommen mehr als 30 Leute, werden die nicht eingelassen. Halten Sie das aktuell für notwendig und verhältnismäßig? – Das waren jetzt 35 Sekunden, Herr Präsident.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke.

(Heiterkeit)

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Herr Präsident, sehr geehrter Kollege Swoboda, ich halte die Regelungen, die wir in unserer aktuellen Dreizehnten Infektionsschutzmaßnahmenverordnung haben, allesamt für verhältnismäßig, angemessen und erforderlich.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Damit ist die Frage beantwortet.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Nachfrage! 25 Sekunden habe ich noch.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Tut mir leid, keine Nachfragen.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Doch! – In der Dreizehnten Verordnung steht genau das, was hier drinsteht, was hier verlangt wird, nicht drin, sondern diese Veranstaltung ist einem Gottesdienst vergleichbar, so der Ausdruck des Landratsamtes. Warum reagiert die Staatsregierung nicht? Halten Sie das für eine angemessene Politik im Überblick auf unsere in Bayern geltende Bestattungskultur? Ich finde das empörend, wenn Sie sich hier jetzt auf die alte Dreizehnte Verordnung beziehen.

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Ich beziehe mich auf die aktuelle Dreizehnte Verordnung und gehe davon aus, dass die Landratsämter in Bayern nach Recht und Gesetz handeln.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Die nächste Frage geht an Kultusminister Prof. Dr. Piazzolo und wird vom Herrn Abgeordneten Tobias Gotthardt gestellt. – Bitte schön.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Staatsminister, das Kabinett hat gestern die Lockerung der Maskenpflicht auf dem Pausenhof beschlossen. Das ist ein guter Schritt in die richtige Richtung. Sie haben in der Pressekonferenz erwähnt, dass es in anderen Bereichen noch Gesprächsbedarf gibt, etwa bei der Lockerung der Maskenpflicht am Platz im Klassenzimmer. Meine Frage: Welche Regelungen dürfen die Schülerinnen und Schüler gerade jetzt bei steigenden Temperaturen und sinkenden Inzidenzen in der nächsten Zeit erwarten?

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Sehr geehrter Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Damen und Herren! Das ist jetzt die dritte Frage zu den Masken. Das ist vielleicht angesichts der aktuellen Situation und Temperaturen nicht ganz verwunderlich. Vor dem Hintergrund, dass aktuell ungefähr 1,6 Millionen Schülerinnen und Schüler mit Maske im Unterricht sind, ist das ein Thema, das uns alle sehr beschäftigt. Ich habe es gestern schon gesagt; Kollege Herrmann hat es heute gesagt. Wir haben uns gestern intensiv beraten. Ich habe gestern in der Pressekonferenz deutlich gemacht, dass wir uns in der Koalition bei zwei von drei Themen einig waren, bei einem nicht.

Wir sind uns einig, auch in nächster Zeit die Maskenpflicht, die ich grundsätzlich für ein sinnvolles Mittel zur Eindämmung der Pandemie halte, im Begegnungsverkehr in den Schulen – das heißt, in den Innenräumen der Schulen – aufrechtzuerhalten. Wir sind uns gestern auch darüber einig gewesen, dass wir im Vollzug außen im Pausengeschehen, aber auch auf Wandertagen und Außenveranstaltungen auf die Maskenpflicht verzichten.

Der Punkt, bei dem wir am längsten miteinander diskutierten, betrifft die Frage, inwieweit wir die Maskenpflicht im Unterricht lockern wollen. Hier gibt es unterschiedliche Auffassungen. Es ist kein Geheimnis, dass wir als FREIE WÄHLER die Maskenpflicht lockern wollen; das haben wir schon letzte Woche gesagt. Der Koalitionspartner ist hier zurückhaltender. Die Argumente hat Kollege Herrmann gerade dargelegt. Es ist in einer Koalition normal – das will ich einmal deutlich sagen –, Dinge gelegentlich unterschiedlich aufzufassen und sich entsprechend auszutauschen. Vielfach ist es auch innerhalb der Parteien so. Gestern haben beispielsweise die GRÜNEN die Pressekonferenz kommentiert und gesagt, sie seien eher für die Aufrechterhaltung der Maskenpflicht; Kollegin Demirel hat das zumindest deutlich gemacht. Zeitgleich haben die GRÜNEN in Baden-Württemberg die Maskenpflicht gelockert. Insofern gibt es innerhalb einer Partei unterschiedliche Auffassungen dazu.

Ich nenne aber gerne noch einmal meine Argumente, die mich dazu bewogen haben, die Maskenpflicht im Unterricht lockern zu wollen. Zum einen gehen die Inzidenzen deutlich zurück. Ich bin aber jemand, der nicht das gesamte Infektionsgeschehen an den Inzidenzen festmacht. Vor dem Hintergrund, dass gerade auch das Impfgeschehen unterschiedlich ist – die ältere Generation ist geimpft, zum Teil zweifach, während die Kinder gerade nicht geimpft werden können –, können wir das Infektionsgeschehen insgesamt nicht immer nur an Inzidenzwerten festmachen. Daneben – das ist meine Auffassung – sind insbesondere im Verlauf einer Pandemie die Belegung der Intensivbetten und die Gefährdung der Gesundheit wichtige Kriterien, auf die wir schauen müssen. Die Gesundheit ist unser oberstes Gut; deshalb haben wir Corona eingedämmt. Das muss man immer wieder deutlich machen.

Damals, am Anfang der Pandemie, hatten wir die Bilder von Bergamo, New York und Manaus mit einer hohen Sterblichkeitsrate im Kopf. Trotz Impfung gibt es natürlich weiter Ansteckungen und Gefährdungen. Wir müssen auch immer die Intensität der Gefährdungslage im Blick haben. Bei unterschiedlichen Generationen gibt es unterschiedliche Gefährdungslagen. All das spielt eine Rolle, und über all das diskutieren wir. Die Inzidenzen gehen nach unten. Wir haben in Bayern Landkreise mit einer Inzidenz von null; hier stellt sich natürlich die Frage, wie man entsprechend mit der Maskenpflicht in Schulen umgeht.

Zum anderen ist mir auch wichtig, dass wir immer wieder abwägen, welche Belastung wir welcher Generation zumuten. In den letzten Wochen und Monaten haben wir natürlich unseren Schülerinnen und Schülern aus nachvollziehbaren Gründen vieles zugemutet. Deshalb sehe ich im Moment den Augenblick gekommen, in dem wir eine Lockerung der Maskenpflicht im Unterricht verfügen können, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Sicherheit an den Schulen so hoch ist wie in kaum einem anderen Bereich.

Wir werden darüber diskutieren, wie wir das im Einzelnen gestalten. Wir haben Rahmenhygienepläne, testen aber auch mindestens zweimal pro Woche intensiv. All das

zusammen hat diesen Vorschlag ergeben. Diese Argumente haben wir in gewohnt sachlicher Atmosphäre, insbesondere auch gestern bei der Pressekonferenz, ausgetauscht. Die Argumente liegen auf dem Tisch. Wir werden diesen Dialog auch fortführen. Das will ich ganz offen sagen. Kollege Herrmann und ich haben das deutlich gemacht: wir sind hier in guten Gesprächen und werden die Zahlen beobachten, wie vorhin schon ausgeführt. Die Fakten liegen auf dem Tisch. Seien Sie gewiss: Diese Koalition hat in den letzten Jahren die meisten Dinge sehr gut gemeinsam auf den Weg gebracht und hat Bayern hier vorgebracht. Wir werden auch diese Herausforderung gemeinsam gut meistern; da bin ich sicher.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Staatsminister, vielen Dank. Bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. Es kommen noch zwei weitere Fragen und später noch einmal eine Frage auf Sie zu. – Der nächste Fragesteller ist der Abgeordnete Bayerbach. Bitte schön.

Markus Bayerbach (AfD): Herr Minister, es war schön, wie Sie jetzt versucht haben, die Opposition der eigenen Regierung zu sein, aber ich lasse Sie nicht ganz so einfach davonkommen. Das Testen und Tragen der Maske ist für alle Kinder eine Belastung. Das haben Sie auch selbst gesagt. Ich muss Ihnen das nicht als Zitat vorlesen. Erhebliche Beeinträchtigungen sind die Folge; das kann auch zu gesundheitlichen Gefahren führen. Begründung war und ist immer die pandemische Notlage, die stur und fantasielos an die Inzidenzzahlen geknüpft wird. Dabei wären auch empathische Lösungsansätze möglich gewesen. – Herr Dr. Herrmann, davon ist bis jetzt im Schulbereich noch nichts zu merken gewesen. Man hätte beispielsweise die Schulen bei lokal eingrenzbarem Infektionsgeschehen anders bewerten können. Es gibt von Aerosolforschern ganz klare Hinweise darauf, dass die Aerosolbelastung im Freien zu keiner Ansteckung führt. In den Pausen oder bei Wandertagen hätte man das schon längst anders machen können. Meine konkrete Frage lautet: Wie können Sie unseren Schülern in Gemeinden mit einem Inzidenzwert von null bei der Inzidenzhörigkeit dieser Staats-

regierung jetzt wirklich noch das Testen und Maskentragen zumuten? Sie haben auch eine Fürsorgepflicht den Schülern und Lehrern gegenüber.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zur Verdeutlichung meiner ersten Bemerkung: Wir sind zwei Regierungsfaktionen; es gibt keine Opposition innerhalb der Regierung, sondern es gibt zwei Regierungsfaktionen. Hier wird man bei den Themen zusammenfinden, und da ist es auch normal, dass es auch einmal unterschiedliche Meinungen gibt. Die gibt es sehr häufig.

(Zuruf)

– Sie nicht, Herr von Brunn. Sie haben nicht recht.

(Zuruf)

– Sehen Sie, genau das ist das Problem der SPD, wenn Sie sagen, Sie hätten immer recht. Wenn sich der Fraktionsvorsitzende einer Partei hinstellt und von sich behauptet, dass er immer recht hat, dann ist das ein Problem für die gesamte Partei.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf)

– Vielleicht lassen Sie mich einfach ausreden. Es war auch nicht Ihre Frage, sondern die von Herrn Bayerbach. Insofern will ich darauf auch antworten und noch einmal deutlich machen, dass es unterschiedliche Meinungen gibt. Übrigens kann es auch einmal unterschiedliche Meinungen innerhalb einer Regierungsfraktion geben. Auch das ist normal. Dann diskutiert man es aus. Die meisten Dinge werden intern ausdiskutiert, und manchmal – das ist so in einer Demokratie – werden Dinge auch einmal außen diskutiert. Das ist auch gut. Das sollte man durchaus auch einmal zulassen.

Noch einmal zur Verdeutlichung: Ich habe vorhin die Argumente dargelegt und auch noch einmal deutlich gemacht, dass der Inzidenzwert nicht alles ist. Trotzdem: Sehen wir uns einmal die Inzidenzwerte von null an. Sind es denn Inzidenzwerte von null?

(Zuruf)

– Nein, es ist eine Zahl. Damit ist nicht erwiesen, dass niemand in diesem Landkreis im Moment COVID hat, sondern es ist nur nicht festgestellt. Insofern ist auch nicht klar, ob Corona dort nicht wieder auftauchen kann. Wir leben nicht in einem Landkreis, der abgeschottet ist. Wir müssen daher immer wieder von Neuem über die Dinge nachdenken, und das tun wir auch.

(Zuruf)

Genau das haben wir auch gestern im Ministerrat getan. Dann geht es noch einmal um Abwägungen und Überlegungen, wo wir lockern können oder nicht. Genau so ist der Prozess. Genau so war der Prozess auch in den letzten Wochen und Monaten.

Wenn Sie gerade den Schulbereich ansprechen, ist zu sagen, dass es keinen einzigen Bereich gab, der so oft nachjustiert und nachgesteuert hat. Das geschah ganz bewusst, weil es sehr wichtig ist. Wie viele Schritte hatten wir am Anfang des Schließens unserer Schulen? – Erst waren sie ganz geschlossen. Dann gab es Schritte des langsamen, schrittweisen Öffnens. Dann wurden die Schulen offen gehalten. Dann gab es auch wieder einzelne Schritte des Schließens und von Präsenz- und weniger Präsenzunterricht, von Wechsel- und Distanzunterricht. Jetzt gibt es wieder Öffnungsschritte. Das war eine zweistellige Anzahl von Schritten, die wir alle wohl überlegt hatten.

Man kann sich dann in der Ex-post-Betrachtung natürlich jeden einzelnen Schritt anschauen und fragen, ob er in dem Moment richtig war. Ich sage nicht, dass alles richtig war. Da kann man immer alles sagen. Ich sage aber ganz deutlich: Die Politik, die wir als Bayerische Staatsregierung in den letzten Monaten gemacht haben, war im Großen und Ganzen richtig. Das sieht auch die Bevölkerung so. Wenn Sie sich andere

Staaten und Länder anschauen, sehen Sie, dass dort viele Fehler gemacht worden sind. Wir waren immer diejenigen, die gesagt haben: Im Zweifelsfall lassen wir Vorsicht, Umsicht, aber auch – das ist mir sehr wichtig – Zuversicht walten. Wir machen den Bürgern ganz bewusst nicht Angst, sondern vermitteln Realität. Wir sagen immer wieder deutlich: Wir kommen gemeinsam durch diese Krise, gerade weil wir eine starke, gute Regierung haben, die auch auf wissenschaftliche Daten Rücksicht nimmt und sich berät. Das haben wir gestern wieder mit Virologen, aber auch mit Kinderpsychologen und -ärzten getan. Deshalb haben wir gute, fundierte Entscheidungen getroffen.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Eine weitere Frage an Sie kommt von Frau Dr. Simone Strohmayr. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Kultusminister! Kinder und Jugendliche leiden an den Folgen der Corona-Pandemie ganz besonders. Dazu gibt es mittlerweile viele Studien. Ich glaube, das ist unumstritten. Vor allem Kinder an Grund-, Mittel- und Förderschulen und Kinder aus den Vorkursen Deutsch brauchen ganz besonders viel Förderung, gerade jetzt nach dem Lockdown. Gerade hier stellen wir fest, dass diese notwendige Förderung oft nicht stattfinden kann oder wird; denn es gibt zu wenige Lehrerinnen und Lehrer, besonders an diesen Schularten. Die Schulen müssen also statt auf Profis auf Laien setzen. Da muss ich wirklich sagen: Diese Personalpolitik der Staatsregierung ist eine Katastrophe.

Ich bitte Sie, uns hier und heute zu sagen, was Sie gegen den Lehrermangel hier in Bayern zu tun gedenken, und vor allen Dingen, wie Sie es schaffen wollen, dass die Kinder an den Grund-, Förder- und Mittelschulen und aus den Vorkursen Deutsch nicht leiden. Sie brauchen jetzt ganz besonders dringend Förderung.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind uns darüber einig, dass Kinder und Jugendliche viel Förderung brauchen. Wir sind uns darüber einig, dass Kinder und Jugendliche während der Corona-Zeit sicherlich in unterschiedlicher Art

und Weise unter den Herausforderungen gelitten haben. Das stellen wir gerade in zwei Richtungen fest.

Auf der einen Seite gibt es den Bereich des sogenannten Lernstandes. Das haben Sie mitbekommen. Da wird deutlich, dass es Kinder und Jugendliche gibt, die kaum Defizite haben gegenüber dem, was sonst auch in der Schule vermittelt wird. Der eine oder andere sagt sogar, dass er mehr mitbekommen hat. Ich glaube aber, dass das die Minderheit ist. Es gibt aber auch Kinder und Jugendliche, die Defizite haben, und wir haben eine ganze Reihe von Programmen, um das auszugleichen.

Auf der anderen Seite gibt es den mindestens genauso wichtigen Bereich des Sozialen und Psychischen. Das entsprechend aufzunehmen, ist mir ein ganz wichtiges Anliegen.

In dem Förderprogramm "gemeinsam.Brücken.bauen", das wir aufgesetzt haben, nehmen wir beides in den Blick, sowohl das Psychisch-Soziale als auch das Inhaltliche. Wir haben ein bayerisches Programm in der Größenordnung von 20 Millionen Euro bis zum nächsten Schuljahr. Wir unterhalten uns jetzt noch einmal darüber, wie wir es auch entsprechend ausweiten. Wir haben zusätzlich ein Bundesprogramm für das nächste und übernächste Schuljahr, ebenfalls in beiden Bereichen. Dies betrifft übrigens auch das Sozialministerium, damit es hier mit unterstützend tätig sein kann. Das haben wir sehr wohl im Blick.

Zu den konkreten Anfragen, die auch den Vorkurs Deutsch und Ähnliches betreffen, ist noch einmal deutlich zu machen, dass dort nichts gestrichen worden ist. Das wird immer unterstellt. Keine einzige Stunde für die Schüler ist gestrichen worden und wird es auch nicht werden. Vielmehr wollen wir gerade mit den von mir geschilderten Förder- und Brückenkursen sogar zusätzlich Ressourcen zur Verfügung stellen.

Trotzdem haben wir in den letzten Jahren gerade in dem Bereich der Grund-, Mittel- und Förderschulen bei der Unterrichtsversorgung und anderem, wenn wir uns die Abgängerzahlen der Referendarzeit anschauen, insgesamt weniger Bewerber als Stel-

len. Das habe ich nicht bestritten. Wir haben deshalb und weil wir im Bereich der Realschul- und Gymnasiallehrer mehr Referendare als Stellen haben, schon seit vielen Jahren Ausgleichsmaßnahmen eingeleitet. Wenn Sie einen Strich unter die gesamte Rechnung machen, haben wir in Bayern immer noch insgesamt mehr Bewerber als Stellen. Die Frage ist aber immer, wo man die Bewerber einsetzen kann. Genau dieser Einsatz ist über viele Zweitqualifizierungsmaßnahmen, aber auch eine ganze Reihe von Sondermaßnahmen gelungen.

Das ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass wir Jahr für Jahr deutlich mehr als 1.000 Stellen zusätzlich schaffen. Wir haben schon im Koalitionsvertrag das Ziel von über 5.000 Stellen in dieser Legislaturperiode festgelegt, und genau das setzen wir um. Insofern haben wir jedes Jahr nach Bereinigung der Demografie mehr Stellen zur Verfügung, und zwar über 1.000 Stellen, die unseren Kindern und Jugendlichen zugutekommen. Insofern steigert sich die Qualität jedes Jahr. Zwar kommen auch neue Aufgaben dazu, aber wir steigern jedes Jahr die Qualität. Deshalb haben wir das, was Sie beschrieben haben, genau im Blick und werden die Aufgaben und Herausforderungen durch unsere grundständige Versorgung, aber auch durch zusätzliche Programme weiter verstärken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zuruf)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Frau Strohmayr und dann Herr Bayerbach.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Sehr geehrter Herr Kultusminister, dann darf ich da eine Nachfrage stellen. Auch bei den Aufholangeboten, die Sie gerade angesprochen haben und die jetzt im Sommer stattfinden sollen, höre ich immer wieder von Lehrerinnen und Lehrern sowie Eltern, dass es hakt und nicht richtig funktioniert. Zum Beispiel fehlt es an Schulbussen, die die Kinder eben auch zu diesen Kursen bringen. Ich frage Sie hier: Was machen Sie, damit diese Angebote attraktiv werden und überhaupt von den Kindern angenommen werden? – Sie sind ja freiwillig.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Es sind verschiedene Angebote. Wir sollten drei Phasen und auch verschiedene Inhalte unterscheiden. Ich hatte schon die zwei Stoßrichtungen genannt, nämlich zum einen den Ausgleich von Lernrückständen und zum anderen den Bereich Soziales und Psychisches. In der Abfolge haben wir drei Phasen, ich würde sogar sagen, eine vierte. In den Pfingstferien haben wir in sehr guter Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Jugendring schon freizeitpädagogische Angebote unterbreitet; diese werden wir im Sommer auch wieder unterbreiten. Dies ist eine weitere Schiene.

Bis zu den Schulferien, also von Pfingsten bis zu den großen Schulferien – das sind acht Wochen –, haben wir schon entsprechende inhaltliche Programme an den Schulen. Wir haben das von Ihnen angesprochene Programm im Sommer, die sogenannte Sommerschule. Sie ist aber nur ein kleiner Teil des gesamten Angebotes. Das größte Angebot haben wir dann sowohl zahlenmäßig als auch hinsichtlich der Zeit im nächsten Schuljahr.

Die Sommerschule ist für insgesamt zwei Wochen konzipiert: entweder eine Woche am Anfang und eine am Ende oder zwei Wochen am Stück. Uns war es sehr, sehr wichtig, dies zielgenau zu machen. Dies wissen die Schulen vor Ort am besten. Wenn wir uns die ländlichen, aber auch die städtischen Räume ansehen, finden wir ganz unterschiedliche Bedingungen vor. Wir haben Rücksprache mit den Schulleitern und Direktoren gehalten. Es bestand der große, große Wunsch, den Schulen vor Ort sehr viel Freiheit zu gewähren. Sie kennen die Schülerinnen und Schüler vor Ort, aber auch die Elternhäuser am besten. Mir war es auf der einen Seite wichtig, dies freiwillig zu machen, weil Familien natürlich schon Urlaube geplant haben und wir deshalb nicht verpflichtend vorschreiben wollen, wer was machen soll. Auf der anderen Seite ist mir eine hohe Beratungsintensität auch sehr wichtig. An wen richtet sich denn dieses Angebot? – Nicht an diejenigen, die gut durch die Pandemie gekommen sind und aus besonders bildungshungrigen Haushalten kommen, in denen gesagt wird: Wir machen drei Wochen Urlaub, aber das Kind sollte vielleicht doch noch etwas machen und ein,

zwei Wochen eine Sommerschule besuchen. Wir richten das Angebot insbesondere an diejenigen, bei denen es vielleicht die eine oder andere Problemstellung gibt, die auf Probe vorgerückt sind, die in den Kernfächern vielleicht die eine oder andere Schwäche haben. Genau an diese richtet sich das Angebot. Die Lehrkräfte werden auch entsprechend beraten und den betreffenden Schülerinnen und Schülern sagen: Für dich wäre das besonders sinnvoll, wenn du im nächsten Schuljahr gut vorankommen willst.

Die eine Schiene ist also hohe Beratungsintensität, die andere Schiene ist viel Eigenständigkeit und Freiheit der Schule vor Ort.

Mit der Zeit wird man dies auch gestalten können. Die Schülerbeförderung ist vor Ort zu regeln, ein Anspruch im Rahmen der Angebote des Sommerprogramms besteht nicht. Dies ist nun einmal die Aufgabe der kommunalen Aufgabenträger. Wir werden dies nicht zentral vom Kultusministerium für 6.000 Schulen steuern können. Die Schülerbeförderung müssen die kommunalen Aufgabenträger zusammen mit den Schulen organisieren. Dies hat damit zu tun, wann, in welcher Intensität und wie viele Kurse angeboten werden, wie mobil die Eltern sind. Es ist nicht Aufgabe des Kultusministeriums, dies pauschal zu regeln. Für 6.000 Schulen ist dies auch nicht sinnvoll zu leisten. Dies wird vor Ort in Abstimmung gemacht, und zwar zielgenau und genau für das Angebot, das vor Ort in den Sommerschulen für unsere Schüler aufgesetzt wird.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. Bei mir kam vorhin etwas spät die Ansage von Herrn Bayerbach an, dass er noch eine Nachfrage hätte. Natürlich will ich korrekt bleiben. Bitte schön, Herr Bayerbach.

Markus Bayerbach (AfD): Vielen Dank. – Herr Minister, ich habe Verständnis für Ihre Koalitionsprobleme. Diese entbinden Sie aber nicht von der persönlichen, moralischen und politischen Verpflichtung gegenüber unseren Schülern. Habe ich richtig verstanden, dass auch bei Vorliegen einer Inzidenz von null eine fiktive Infektionslage besteht

und dass aufgrund dieser fiktiven Infektionslage Maskenpflicht und Testungspflicht noch gerechtfertigt sind? Kann man nicht differenzieren und sagen: Wenn der Inzidenzwert in einer Gemeinde auf null ist, dann lassen wir die Maskenpflicht weg? – Irrendwann ist sie nicht mehr und in diesem Fall definitiv nicht mehr gerechtfertigt.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte schön, Herr Minister.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Herr Präsident, Herr Bayerbach, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nein, das haben Sie falsch verstanden. Ich habe nur erklärt und vorher deutlich gemacht, dass die Inzidenzzahl von null nicht bedeutet, dass in einem Landkreis niemand an Corona erkrankt ist. Dennoch – das hatte ich vorher auch deutlich gemacht – ist doch ganz klar – das haben wir über das gesamte Jahr so gemacht –, dass man entsprechend reagiert, wenn sich relevante Zahlen und Parameter ändern. Das haben wir auch getan. Das haben wir auch gestern getan. Wir haben gesagt, dass auf dem Pausenhof im Vollzug sowohl in den kleinen Pausen als auch in den großen Pausen draußen keine Masken mehr notwendig sind. Selbstverständlich – das tun wir auch – sind wir im Gespräch darüber, wann und wie die Maskenpflicht in den Schulen gelockert werden kann.

Wir werden die Entwicklung trotzdem weiter beobachten. Corona hält sich nämlich nicht an die Beschlüsse, welcher Regierung auch immer, sondern lehrt uns, dass sich die Dinge verändern und dass es auf der einen Seite Varianten gibt, die die Lage verschärfen, dass auf der anderen Seite aber auch viele Parameter die Lage wieder entschärfen. Immer wieder geht es darum, nachzujustieren. Genau an diesem Punkt sind wir. Wir stellen uns die Frage, wann wir entsprechend nachjustieren.

Wir brauchen nicht drumherumzureden, dass wir uns in der Regierung über diesen Punkt gemeinsam Gedanken machen und bei diesem einen Punkt aktuell unterschiedlicher Auffassung sind. Wir als FREIE WÄHLER und ich persönlich möchten jetzt etwas schneller lockern; der Koalitionspartner ist etwas zurückhaltender. Genau über dieses Thema tauschen wir uns aus. Dies werden wir in den nächsten Tagen intensiv

tun. Wie Herr Kollege Herrmann gesagt hat, werden wir Argumente austauschen – das haben wir schon getan – und Entwicklungen betrachten und dann zu einer Entscheidung kommen, so wie wir das in den letzten Jahren gemacht haben.

Ich sage Ihnen auch: Es wird dazu eine Entscheidung geben, nämlich anhand der Argumente und der unterschiedlichen Auffassungen, die wir vorher, sowohl Kollege Herrmann als auch ich, dem Parlament in bewährter Weise offengelegt haben. Dies gehört sich auch, und das finde ich auch gut. Hier ist der Ort der Diskussion. Wir stehen alle in der Verantwortung gegenüber den Bürgern. Aus meiner Sicht und nach meinem demokratischen Verständnis gehört dazu auch, dass man, wenn es einmal unterschiedliche Auffassungen gibt, die bei einem Punkt zutage getreten sind, diese offenlegt und gemeinsam diskutiert. Wir werden Lösungen finden; da bin ich ganz sicher und sehr zuversichtlich.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Ich darf Sie in eine kurze Pause schicken, denn die Reihenfolge schreibt nun die Befragung des Herrn Staatsministers des Innern bzw. des zuständigen Staatssekretärs vor. – Bitte, Herr Staatssekretär Eck. Fragesteller ist Herr Muthmann von der FDP-Fraktion.

Alexander Muthmann (FDP): Herr Präsident, schönen Dank. – Sehr geehrter Herr Staatssekretär, heute will ich Ihr Haus im Rahmen Ihrer Zuständigkeit für den Sport befassen. Wir haben später im Rahmen eines Dringlichkeitsantrages dazu noch einmal Gelegenheit. Zunächst habe ich aber eine allgemeinere Frage.

Langsam lichten sich die Nebel ein wenig, und wir sehen auch deutlicher die Auswirkungen, die die verordneten und die selbst auferlegten Corona-Beschränkungen haben. Wir erwarten, vermuten und wissen zum Teil, dass es Defizite im psychisch-sozialen Bereich, aber auch im gesundheitlichen Bereich gibt. Der Bewegungsmangel hinterlässt durchaus Spuren.

Deswegen an dieser Stelle die Frage: Gibt es angesichts dieser vermuteten und zum Teil auch schon offenkundigen Defizite Überlegungen in Ihrem Haus, wie man das

Thema Bewegung, Sport, Menschen zu mobilisieren, in Zusammenarbeit mit den Vereinen – das ist ja deren originäre Zuständigkeit – angehen kann? Wie können die Anstrengungen oder die Angebote der Sportvereine und auch der Kommunen unterstützt werden? Gibt es dazu schon Überlegungen? – Dies ist meine erste Frage.

Staatssekretär Gerhard Eck (Inneres, Sport und Integration): Herr Präsident, Herr Kollege Muthmann, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herzlichen Dank für diese Frage. Sie gibt mir ein Stück weit Gelegenheit, deutlich zu machen, dass wir uns nicht erst jetzt mit diesem Thema beschäftigt haben, sondern uns schon seit Monaten mit dem Thema beschäftigten, wie wir hier Unterstützung gewähren können. Sie geben mir sicherlich recht: Die Situation, in der wir uns aufgrund der Corona-Pandemie befinden, betrifft unsere gesamte Gesellschaft. Dieses Problem und die von Ihnen geschilderte Situation – das will ich inhaltlich voll unterstreichen – werden wir nicht par ordre du mufti von oben, von München aus lösen, sondern wir müssen sie an der Basis lösen. Darum haben wir gesagt: Wir müssen auch die durch die Corona-Pandemie geschwächten Vereine ein Stück weit unterstützen. Wir müssen pauschal in der Gesellschaft anpacken. Deshalb haben wir bereits im Jahr 2020 die Vereinspauschale ohne zusätzlichen Verwaltungsaufwand, ohne zusätzliche Aktionen, von 20 auf 40 Millionen Euro erhöht. Wir haben für 2021 noch einmal von 20 auf 40 Millionen Euro erhöht, um die Vereine zu stabilisieren, weil sie auch belastet sind, und um zusätzliche Maßnahmen einzuleiten und zu lenken. Wir wissen, Sport steigert die Leistungsfähigkeit. Er ist für die Gesundheit optimal, sodass man ihn nur unterstützen kann. Wir sind auch mit den Sportvereinen im Gespräch, um nach weiteren möglichen Lösungsansätzen zu suchen. Sie wissen, wir haben roundabout 17.000 Sportvereine im Freistaat Bayern. Ich glaube, das ist die beste Breitenwirkung, die man überhaupt haben kann, um sich kundig zu machen und um Unterstützung zu leisten.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Gibt es eine Nachfrage, Herr Muthmann? – Bitte.

Alexander Muthmann (FDP): Eine kurze, zum Sonderthema Schwimmen. Schwimmenlernen ist zwar in erster Linie ein bildungspolitisches Thema, weil es Kinder und Ju-

gendliche besonders betrifft, aber trotzdem meine Frage: Gibt es seitens des Innenministeriums einen Blick auf dieses Phänomen und die dazu beschriebenen Probleme? Wie kann man beispielsweise mit den Kommunen, auch mit Angeboten von Sportvereinen, einen Beitrag leisten, um dieses besondere Defizit abzubauen?

Staatssekretär Gerhard Eck (Inneres, Sport und Integration): Ja, da gibt es die einen oder anderen Gespräche mit den verschiedensten Gruppierungen. Ich habe es gerade eben deutlich gemacht, dass es auch mit den Sportvereinen eine Arbeitsgruppe gibt, um Detaillösungen anzustreben. Es gibt also diese Gespräche, und es gibt Überlegungen.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. Damit wäre Ihr Part schon beendet, Herr Staatssekretär. – Ich darf noch einmal den Kultusminister ans Mikrofon bitten. Die Frage kommt von Frau Anne Franke aus der Fraktion der GRÜNEN.

Anne Franke (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Präsident. – Sehr geehrter Herr Staatsminister für Kultus, Herr Piazzolo! Ich frage Sie: Warum werden an Bayerns Schulen Pool-Tests immer noch nicht flächendeckend eingesetzt, obwohl es in mehreren anderen Bundesländern und zum Beispiel auch in Österreich längst schon positiv bewertete Untersuchungen dieser Tests gibt? Man fragt sich: Warum muss Bayern immer noch neue Untersuchungen machen?

Wir wissen, jetzt gibt es in Regensburg und in Erlangen Tests – übrigens durch Spenden finanziert, komischerweise. Wir wissen, dass diese Pool-Tests wesentlich günstiger sind. Vor allem aber sind sie wesentlich einfacher und angenehmer zu handhaben. Sie sind auch sicherer, wie jetzt gesagt wird, als die Antigen-Schnelltests, bei denen die Rate der falschen Ergebnisse offenbar recht groß ist. Bei den Pool-Tests haben wir einen PCR-Nachweis, der ist mittlerweile nach vier Stunden vorhanden. Das ist kein nennenswerter zeitlicher Nachteil. Wir finden es deshalb überfällig, dass wir in Bayern an den Schulen endlich auch die Pool-Tests verwenden.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Frau Kollegin Franke! Das ist eine wichtige Frage, die sich allerdings mehr im Zuständigkeitsbereich des Gesundheitsministeriums bewegt. Wie Sie sich vorstellen können, habe ich mich aber auch mit dieser Thematik auseinandergesetzt. Wir stehen dazu auch im engen Austausch mit dem Gesundheitsministerium und dem Gesundheitsminister. Selbstverständlich, auch in Bayern gibt es schon seit längerem Pilotversuche – ich habe mir selbst welche angeschaut – zu unterschiedlichen anderen Tests als denen, die wir derzeit an den Schulen durchführen. Das sind die sogenannten Antigen-Selbsttests. Es gibt auch die Pool-Tests, die in unterschiedlicher Art und Weise durchgeführt werden. Sie werden als Antigen-Schnelltest, aber auch als PCR-Test durchgeführt und sind in der Sensitivität höher als der Selbsttest. Es gibt eine ganze Reihe von unterschiedlichen Pilotversuchen in Regensburg, in Passau, aber auch in München gibt es eine Studie. Das wird also durchaus an den Schulen schon getestet. Es gibt auch immer wieder Stimmen, gerade an den Grundschulen, die sagen: Die sind für Kinder angenehmer. Das sehen die einen so, die anderen so. Häufig ist es auch eine Frage der Gewöhnung. Es war so: Bevor wir die Selbsttests an den Schulen eingeführt haben, war die Diskussion darüber sehr groß und auch sehr laut. Es ist auch wichtig, solche Diskussionen zu führen, weil es ja keine unerhebliche neue Maßnahme an den Schulen war. Deshalb musste am Anfang das eine oder andere gerade auch bei den Jüngeren erstmal eingeübt werden. Wie ich das mitbekomme, läuft es aktuell an den Schulen sehr gut. Das hat sich sehr, sehr gut eingespielt. Nichtsdestoweniger wird die Frage, die Sie stellen, verschiedentlich gestellt, und wir gehen ihr auch weiterhin nach. Die Pilotversuche sind auch ausgeweitet worden. Inzwischen gibt es auch zugelassene Tests.

Wir müssen uns die Tests und deren Einsatz aber immer ganz genau anschauen. Es gibt auch Überlegungen, dass die Pool-Tests bei einer hohen Inzidenzlage eher weniger sinnvoll sind, weil der Pool-Test dann auch häufiger anschlägt. Auch das muss man überlegen. Das Zweite, und das ist ganz entscheidend: Wenn es PCR-Tests sind, muss man bedenken, wann das Ergebnis feststeht. Bei den Selbsttests haben wir den

Vorteil, dass wir nach fünf, spätestens nach zehn Minuten, das Ergebnis haben. Das heißt, wenn wir morgens in der Schule testen, dann haben wir auch sofort das Ergebnis. Unser Ziel war, nur diejenigen zum Unterricht zuzulassen, die negativ getestet sind. Wenn Sie ein Testergebnis aber erst nach 12 oder gar nach 24 Stunden bekommen, dann können Sie das so, wie wir das bisher machen, nicht organisieren. Sie haben sonst Schülerinnen und Schüler in der Schule, deren Testergebnis noch nicht vorliegt. Das ist immer zu bedenken. Eine Zweifachtestung macht wenig Sinn. Dennoch sind die Pool-Tests in den letzten Wochen und Monaten ausgeweitet worden. Ich habe erst mit Herrn Kollegen Kroder, dem Landrat aus Nürnberg gesprochen, wo die Tests ausgeweitet worden sind. Es gibt auch andere Landkreise, in denen die Tests ausgeweitet werden. Wir haben das also im Blick, und das gilt insbesondere auch für den Gesundheitsminister, und zwar im Hinblick auf das nächste Schuljahr. Die Frage, wie wir die Tests dann handhaben, haben wir intensiv im Blick.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Gibt es Nachfragen?

Anne Franke (GRÜNE): Darf ich eine Nachfrage stellen?

Erster Vizepräsident Karl Freller: Nachfrage?

Anne Franke (GRÜNE): Ja. – Ein Punkt ist die Tatsache, dass die Einzeltests im Vergleich wesentlich teurer sind. Bei Pool-Tests macht man Einzeltests nur, wenn der Pool ein positives Ergebnis erbracht hat. Deshalb stellt sich die Frage, was Bayern monatlich für die Einzeltests an den Schulen bezahlt und an wen? Wie hoch wäre das Einsparungspotenzial, wenn Pool-Tests verwendet würden? – Nehmen wir einmal eine Inzidenz von 50 als Beispiel.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Also, es ist so: In dem Moment, als wir entschieden hatten, Tests an den Schulen zu machen, haben wir uns in einer Phase befunden, als der Selbsttest gerade erst zugelassen worden war. Wenn ich das richtig im Kopf habe, ist er damals für Kinder älter als 12 – oder waren es 16? – zugelassen worden. Florian Herrmann weiß es vielleicht noch genauer. Je-

denfalls kam in dem Moment auch die Zulassung für die Grundschul Kinder. Deswegen haben wir das auch erweitert. Ursprünglich hatten wir die Zielvorstellung, in einer ersten Entscheidung, insbesondere die Lehrkräfte und die älteren Kinder zu testen. Als dann aber die Zulassung kam, und zwar nicht für die Pool-Tests, sondern für die Selbsttests, auch für Grundschul Kinder, haben wir die Tests erweitert. Das war zu dem Zeitpunkt, als die erste Möglichkeit dafür auf dem Markt war. Wir haben das dann sehr schnell in die Wege geleitet, und zwar mit den ersten Herstellern, die ich hier aber nicht benenne. Inzwischen gibt es davon auch mehr. Wir wollten also sehr, sehr zügig und schnell sein und haben das dann auch zügig und erfolgreich umgesetzt. Jetzt gibt es aber immer mehr Tests, die zugelassen werden. Deshalb stellt sich auch immer wieder die Aufgabe, neu zu entscheiden, auch im nächsten Schuljahr. Das überlegen wir ständig.

Als vorausschauende Regierung, die wir sind, haben wir nicht nur eine solche Menge angeschafft und bestellt, die gerade für die nächste Woche reicht, sondern wir haben vorsorglich in einer Größenordnung bestellt, die für dieses Schuljahr reicht. Dabei wissen wir, dass je nach Inzidenzlage nicht immer alle Schülerinnen und Schüler an der Schule sind und daher mal mehr und mal weniger Tests gebraucht werden. Wir haben diese Tests. Sie werden noch eine Weile reichen. Sie werden dann, mit Unterstützung des THW, punktgenau ausgeliefert.

Da das Kultusministerium die Ausschreibung nicht getätigt hat, kenne ich die Preise nicht. Diese Information kann ich aber sehr gerne nachliefern. Diese Zahlen kennt das Gesundheitsministerium. Diese Information würde ich gerne schriftlich nachliefern. So viel zum Verfahren, das zwischen dem Kultusministerium, dem Gesundheitsministerium und dem Innenministerium gelaufen ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Feller: Ich darf mich bei Herrn Staatsminister Prof. Dr. Piazzolo sehr herzlich für die vielfältigen Antworten des heutigen Tages bedanken. Gleichzeitig schließe ich die Fragestunde.